

Ressort: Technik

Bundesregierung plant Gesetz für Cybervergeltungsschläge

Berlin, 11.05.2018, 01:27 Uhr

GDN - Der Bundesnachrichtendienst (BND) soll künftig bei ausländischen Cyberattacken "unterhalb der militärischen Schwelle" auch fremde Server angreifen dürfen. Das berichtet das Nachrichtenmagazin Focus und beruft sich dabei auf Sicherheitskreise.

Bisher haben deutsche Behörden für solche Maßnahmen keine Rechtsgrundlage. Geändert werden soll das mit einem Gesetz zur "aktiven Cyberabwehr", das nach Angaben von Innenstaatssekretär Klaus Vitt derzeit erarbeitet werde. Bis Ende des Jahres soll der Entwurf des Gesetzes in die Ressortabstimmung gehen. Derzeit werde geprüft, welche Behörde befähigt werden solle, sagte Vitt dem Magazin. Insider gehen laut Focus davon aus, dass der BND den Zuschlag bekommen wird. Ein ranghoher Sicherheitsbeamter sagte: "Man braucht dafür Erfahrungen im Ausland und das technische Know How." Bereits seit 2014 läuft beim BND das 300 Millionen Euro schwere Programm "Strategische Initiative Technik", das den Dienst bis 2020 im Cyber-Bereich auf den neuesten Stand bringen soll. Aus Sicherheitskreisen hieß es außerdem mit Blick auf den Dienst: "Es wäre sinnvoll, wenn es die Behörde übernehmen würde, die es aus fachlichen und ökonomischen Gründen am besten kann."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-105920/bundesregierung-plant-gesetz-fuer-cybervergeltungsschlaege.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619